

Historiker: «Protokolle sind für die Forschung zentral»

Intransparent Politiker und Historiker fordern vom Bundesrat bessere Protokolle

VON LINA GIUSTO UND STEFAN SCHMID

Wer Mitglied eines Vereins ist, kennt die Situation aus eigener Erfahrung: Vom Grusswort des Präsidenten bis hin zu den Varia wird anlässlich von Hauptversammlungen oder Vorstandssitzungen minutiös Protokoll geführt. Für die Mitglieder und die Nachwelt sind die wichtigsten Beschlüsse meist transparent aufgelistet.

Für den Bundesrat, das oberste Leitungsorgan der Eidgenossenschaft, gelten offenbar andere Regeln. Im Zusammenhang mit dem IT-Debakel Insieme, bei welchem 116 Millionen Franken in den Sand gesetzt wurden, kritisieren Parlamentarier nicht zum ersten Mal in scharfen Worten die «lückenhafte» Protokollierung wichtiger Diskussionen. So habe die zuständige Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf mündlich beteuert, sie habe den Gesamtbundesrat mehrfach über die Missstände informiert. In den Protokollen ist dazu aber nichts zu finden. «Das muss sich ändern», sagt Rudolf Joder, Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK).

Der Berner SVP-Politiker will das Gesetz verschärfen: «Nicht nur Beschlüsse, sondern alle Diskussionspunkte müssen protokolliert werden.» Die Idee stösst im Parlament auf Sympathien: «Ein Protokoll zu schreiben, ist nicht kompliziert. Jeder Verein weiss, wie man das macht», sagt etwa GPK-Mitglied Ueli Leuenberger (Grüne, GE).

Die Wende von 1969

An einem guten Protokoll sind indes nicht nur Parlamentarier interessiert, welche die Regierung von Amtes wegen überwachen müssen. Auch Historiker weisen auf die Bedeutung einer umfassenden Überlieferung hin. «Für die Forschung sind Protokolle zentral», sagt Sacha Zala, Präsident der Gesellschaft für Geschichte. Dank diesen Protokollen könnten weitere zentrale Quellen ermittelt werden. Was im Bundesrat diskutiert werde, sei wichtig und deshalb auch für Historiker relevant.

Zala, der als Direktor der Diplomatischen Dokumente der Schweiz (Dodis) täglich mit wichtigen Dokumenten aus der Bundesverwaltung zu tun hat, sagt aber auch: «Es ist nicht so, dass der Bundesrat schlecht protokolliert. Wir Historiker stel-



Gesagt ist gesagt: Oder doch nicht? Bundeskanzlerin Corina Casanova, Bundespräsident Didier Burkhalter. KEYSTONE



«Die Dichte der Informationen hat spürbar abgenommen.»

Sacha Zala Direktor der Diplomatischen Dokumente der Schweiz (Dodis) und Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte

len aber einen klaren Unterschied zwischen der Zeit vor 1969 und nachher fest.» Vorher habe es nur ein einziges Protokoll über die Sitzungen des Bundesrats gegeben. Nachher seien 8 bis 9 Kopien angefertigt worden. «Die Dichte der Informationen hat seither spürbar abgenommen – wohl aus Angst, man könnte die Entscheidung zu politischen Zwecken missbrauchen», sagt Zala. Für Historiker gilt generell eine Sperrfrist von 30 Jahren. Die heutigen Bundesratsprotokolle können somit erst ab 2044 für Forschungszwecke ausgewertet werden.

Simonazzi verteidigt Protokolle

Auch alt Bundesrat Arnold Koller (81) anerkennt die Bedeutung der Bundesratsprotokolle für die Geschichtswissenschaft. Gleichzeitig aber weist der ehemalige Justizminister auf Vollzugsprobleme hin, sollten die Anforderungen verschärft werden:

«Der Bundesrat hat Wichtigeres zu tun, als über Formulierungen zu diskutieren.»

Vizekanzler André Simonazzi, während der Bundesratssitzung zuständig für die Protokollierung, verteidigt die heutige Praxis: Der Bundesrat habe die Empfehlungen der GPK im Fall Hildebrand umgesetzt. Seither würden ausführliche Protokolle verfasst. Dazu gehörten sämtliche Beschlüsse und die Zusammenfassung der Diskussionen. «Auch wichtige Informationen aus den Departementen werden protokolliert», sagt Simonazzi. Grundlage für die Protokollierung ist das Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz. Es enthält seit 1. Januar dieses Jahres einen präzise formulierten Artikel, wie die Verhandlungen des Bundesrats festgehalten werden sollen.

Zur konkreten Kritik im Fall Insieme nimmt der Bundesrat im Verlaufe der nächsten Wochen Stellung.

AUS DER SESSION

STRAFJUSTIZ

Parlament will keine «blinden Richter»

Gerichte sollen gelöschte Strafregistereinträge künftig verwerten dürfen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine entsprechende Motion gegen die durch das heutige Verbot verursachte richterliche Blindheit stillschweigend gutgeheissen. Der Bundesrat schafft allerdings bereits Abhilfe. In der Botschaft zur Revision des Strafregistergesetzes werde dem Anliegen Rechnung getragen, sagte Justizministerin Simonetta Sommaruga im Rahmen der Ständeratsdebatte im Sommer. Sie nehme den Vorstoss gerne an, er sei aber nicht mehr nötig. Trotzdem überwiegt das Parlament die Motion nun. (SDA)

ASYLPOLITIK

Engere Zusammenarbeit mit der EU

Die Schweiz soll im Asylbereich enger mit der EU zusammenarbeiten. Der Nationalrat hat der Beteiligung der Schweiz am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (Easo) zugestimmt. Dieses unterstützt Dublin-Staaten, die wegen der Aufnahme von Asylsuchenden unter Druck sind. Der Bundesrat erhofft sich von der Schweizer Beteiligung eine Stärkung des Dublin-Systems. Im Nationalrat wurde dies nur von der SVP-Fraktion bestritten. Sie befürchtet, dass die Schweiz damit viele Verpflichtungen einget, aber keinen Nutzen von der Beteiligung hat. (SDA)

SPRACHAUFENTHALTE

Bundesrat muss Konzept vorlegen

Der Bundesrat muss in Zusammenarbeit mit den Kantonen ein umfassendes Konzept für einen systematischen Sprachtausch an der Volksschule und auf der Sekundarstufe II ausarbeiten. Darin sollen auch Wege für die Finanzierung dieses Konzeptes aufgezeigt werden. Stillschweigend nahm die grosse Kammer ein Postulat ihrer Bildungskommission an. Der Bundesrat hatte sich in seiner Stellungnahme bereit gezeigt, einen entsprechenden Bericht zu erarbeiten. Er messe dem schulischen Austausch einen hohen Stellenwert bei und möchte diesem im Rahmen der nächsten Kulturbotschaft Priorität einräumen, hiess es. (SDA)

INSERAT

Rscan-ov5vi

FUST
Dipl. Ing. Und es funktioniert.

JETZT ZAHLEN MIT PUNKTEN
Gültig bis 24.12.14

Tauschen Sie jetzt Ihre Superpunkte in Fust-Einkaufsgutscheine ein!

Infos und Adressen:
0848 559 111
oder www.fust.ch

Fust PRIMOTECQ
Waschmaschine WA 710 E
• Einfache Bedienung mit Drehwahlschalter und Tipptasten
• EU-Label A+C Art. Nr. 103001

Ihr Spezialist für alle Elektrohaushaltapparate!

Electrolux
Wäschetrockner TW 5457 F
• Startzeitvorwahl bis 20 Std.
• Direktablauf für das Kondenswasser möglich Art. Nr. 158337

699.-
statt 1499.-
-53%

NOVAMATIC
Wäschetrockner TW 740 E
• Zeitliche und elektronische Steuerung
• Startzeitverzögerung bis 20h
• Restzeitanzeige mit Endsignal
Art. Nr. 103076

1299.-
statt 2899.-
-45%

1999.-
statt 4398.-
-54%

1199.-
statt 1999.-
-40%

Beste Spülergebnisse!

Electrolux
Einbau-Geschirrspüler GA 555 iF
• 30 Minuten Kurzprogramm
• Höhenverstellbarer Oberkorb für lange Gläser • Frontplatte gegen Aufpreis Art. Nr. 159836

1099.-
Aktionspreis

55 cm

Waschmaschine WA 1457 F
• Einzigtartige 7 kg Schontrömmel
• Startvorwahl bis 20 Stunden
• Kaltwaschen 15°C Art. Nr. 159315

Neuer höchster Schweizer Der Walliser Stéphane Rossini ist neuer Nationalratspräsident und damit formell höchster Schweizer. Die grosse Kammer wählte den 51-jährigen SP-Nationalrat und Sozialwissenschaftler gestern mit 170 von 175 gültigen Stimmen. Rossini leitet für die nächsten zwölf Monate die Sitzungen der grossen Kammer. Er ist der achte Nationalratspräsident aus dem Kanton Wallis seit Einführung des Bundesstaates 1848. Der Ständerat wird 2015 vom jurassischen Sozialdemokraten Claude Héche präsidiert. Die kleine Kammer wählte den 61-Jährigen mit 44 Stimmen zu ihrem Präsidenten. FOTO: KEY